



Liebe Leserinnen und Leser,

die vergangenen Wochen seit dem letzten Redaktionstermin werden wir sicher nicht vergessen. Sie haben das Land, die Polizeibeschäftigten – uns alle – berührt.

Der brutale und heimtückische Messerangriff auf Rouven Laur (Mannheim) und dessen Tod erschütterte uns alle. In besonderer Art und Weise bekundeten wir alle unsere Anteilnahme und der Rückhalt, den die Polizei dabei in der Bevölkerung erfahren hat, war enorm. Uns ist wichtig, dass Rouven und alle Umstände dieser verachtenswerten Tat nicht mit dem Ende der Trauerbeflaggung aus dem Gedächtnis und dem Fokus verschwinden. Wir alle hoffen, dass die Anteilnahme der Politik nicht nur deshalb so groß war, weil in diesen Zeitraum wichtige Wahlen fielen. Wir haben die klare Erwartungshaltung, dass es nicht bei leeren Worten bleibt. Die Landesleitung wird unsere Forderungen dazu klar artikulieren.

Nur wenige Wochen danach erlitt bei einem tragischen Verkehrsunfall Kollege Thomas Hohn (Stuttgart) tödliche Verletzungen; ein weiterer Kollege zog sich schwere Verletzungen zu. Beide waren im Rahmen der Fußball-EM mit ihren Motorrädern als Schutzbegleitung des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán im Einsatz. Thomas Hohn hinterlässt eine Ehefrau und einen siebenjährigen Sohn. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses hat der Trauergottesdienst noch nicht stattgefunden und gerne rufen wir an dieser Stelle unter dem Stichwort „Stuttgart“ zu Spenden an die Polizeistiftung des Landes auf. Mit diesem Stichwort wird der Familie von Kollege Hohn, dem schwer verletzten Kollegen und gegebenenfalls weiteren Bedürfnissen aus diesem tragischen Unglück heraus, Rechnung getragen.

INHALT

- 2 SPD initiiert aktuelle Landtagsdebatte
- 2 Basis-Kontakt mit Julia Goll, MdL
- 3 Landesvorsitzender als Zeuge vor dem Bundesverfassungsgericht
- 3 DPM Handball
- 4 Daran arbeiten wir
- 6 Jahreshauptversammlungen im Mai
- 8 Bezirkstagung Ludwigsburg
- 8 Landesfrauen-ausschuss

Zeitgleich mit diesen Geschehnissen fällt eines der größten Sportevents des Jahrzehnts in Stuttgart zusammen: die Fußball-Europameisterschaft. Neben sportlichen Highlights blicken wir alle auf Begegnungen mit tollen Fans und Menschen zurück, die gerade die Polizeibeschäftigten für vieles, was nicht so rund läuft, etwas entschädigt. In der ministeriell ausgedrückten Stärkemeldung würde man von circa 200 „VZÄ“ sprechen, mit der wir als DPoIG in Stuttgart an den Spieltagen, aber auch sonst die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen betreut haben. Seien es die eigenen Kräfte aus Baden-Württemberg oder aber die Unterstützungskräfte aus dem Saarland, Rheinland-

Pfalz, Bayern und die ausländischen Kollegen aus Spanien, Ungarn, Schottland, Belgien oder Dänemark. Dabei positiv sowie auch negativ wahrgenommene Erfahrungen werden sowohl gewerkschaftlich als auch aus Sicht des Personalrats noch nachbereitet.

Ende Juni hatte der Leiter der Stabsstelle für moderne Führungs- und Wertekultur, Jörg Krauss, seinen Abschlussbericht vorgelegt, der sicherlich in den kommenden Tagen und Wochen noch veröffentlicht wird. Die DPoIG-Mandatsträger, die an der Sitzung des Landeshauptvorstandes teilgenommen haben (wir berichteten), werden über dessen Inhalt nicht überrascht sein und erfreut zur Kenntnis nehmen, dass man das Thema Werte und Führung auch aus einer anderen Perspektive betrachten kann.

Es bleibt zu hoffen, dass sich dieser Bericht und seine daraus resultierenden Erkenntnisse nachhaltig auf die gesamte Polizei auswirken und in eine neue, positive Richtung lenken. Ausdrücklich unterstützen wir dabei die Forderung, dass die Stabsstelle weiterhin direkt an der politischen Führung angekoppelt und dadurch gewährleistet ist, dass die gesamte Innenverwaltung mit der Polizei die benannten Handlungsfelder aufarbeiten, durch- und umsetzen kann.

Aktuell befinden wir uns in den Verhandlungen zu den Haushaltsberatungen. Noch in diesem Monat tagt die Haushaltsstrukturkommission. Aus dem Kabinett erwarten wir weitere Impulse, unter anderem zum Thema Personal. Deshalb war ich dieser Tage im Staatsministerium. Mit dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion ist man sich einig, dass das Thema „Innere Sicherheit“ mindestens genauso viel Beachtung findet und berücksichtigt werden wird wie der zweite Haushaltsschwerpunkt zum Thema „Bildung“.

Allen, die jetzt Urlaub haben, wünschen wir eine erholsame und wertvolle Auszeit. Denjenigen, die weiterhin für die Sicherheit von uns allen sorgen, wünschen wir, dass immer dann die Sonne scheint, wenn sie diese auch genießen können.

Bleiben Sie gesund.

*Ihr/Euer
Landesvorsitzender
Ralf Kusterer*



Vor dem Gespräch im Staatsministerium: Ralf Kusterer, DPoIG-Landesvorsitzender

#einervonuns – Demokratie verteidigen, Extremismus bekämpfen **SPD initiiert aktuelle Landtagsdebatte**

In einer aktuellen Debatte bei der Landtagssitzung am Mittwoch, 19. Juni 2024, richtete die SPD-Fraktion, aber auch die Fraktionen der Grünen, FDP und der CDU den Fokus auf die Gefahren, die Polarisierung und Extremismus für unsere demokratische Grundordnung darstellen. In einem aufgeheizten Klima zwischen rechtsextremen Tendenzen, islamistischer Radikalisierung und gezielt eingesetzten Fake News geraten die staatlichen Institutionen und Sicherheitskräfte unter starken Druck. Bis hin zu – wie im Fall Mannheim – tödlicher Gewalt. Hier auf müssen die demokratischen Kräfte eine Antwort finden.

„Mit der aktuellen Debatte möchte die SPD-Fraktion auch ein Zeichen der Solidarität gegenüber den Menschen setzen, die unsere Sicherheit und Freiheit zu ihrem Beruf gemacht haben. Die SPD-Fraktion steht immer an der Seite der Polizistinnen und Polizisten in Baden-Württemberg“, sagten der Fraktionsvorsitzende Andreas Stoch sowie der Parlamentarische Geschäftsführer Sascha Binder.



Dirk Preis, Andreas Stoch, Ralf Kusterer, Sarah Leinert (von links)

Im Anschluss an die Debatte folgte ein interner Austausch, an dem für die DPoIG der Landesvorsitzende Ralf Kusterer, das Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand, Dirk Preis, sowie die Landesgeschäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert teilnahmen. Dabei ging es auch um Konsequenzen aus der Tat von Mannheim.

Basis-Kontakt mit Julia Goll, MdL, stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende

Manchmal sind es ja die „Ad-hoc-Termine“, die besondere Wirkung erzielen. Bei einem zufälligen Treffen am Rande einer Plenarsitzung im Landtag hat der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer die stellvertretende Vorsitzende und Innenpolitische Sprecherin der FDP/DVP-Fraktion, Julia Goll, zu einem Besuch der EM-Einsatzkräfte eingeladen. Nur drei Stunden später stand Frau Goll in der Mitte von Hunderten Einsatzkräften und konnte nicht nur Gespräche mit dem DPoIG-Betreuungsteam führen, sondern sich auch mit vielen Kolleginnen und Kollegen direkt austauschen. Wir wissen nicht, ob dies der Beginn von Landtagsanfragen rund um das Thema Einsatzverpflegung oder Toiletten war, aber sie konnte sich selbst ein Bild vor Ort machen.



Im EM-Einsatz und im Gespräch mit der Abgeordneten Julia Goll (2. von rechts): Michael Bonauer (Kreisgeschäftsführer Heidenheim) (1. von links), Hansjürgen Schmiedeberg (OV-Vorsitzender Ehingen) (1. von rechts)

Landesvorsitzender als Sachverständiger vor dem Bundesverfassungsgericht

Mündliche Verhandlung in Sachen „Polizeikosten“ für Hochrisikospiele

Es kommt sicherlich nicht oft vor, dass ein Landesvorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender wie Ralf Kusterer als Sachverständiger vor das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) geladen wird. So geschehen am Donnerstag, dem 25. April 2024, als der Erste Senat des BVerfG die Verfassungsbeschwerde der Deutsche Fußball Liga GmbH (DFL) behandelte. Dabei ging es um die erstmalige Erhebung einer landesrechtlichen Gebühr für den Einsatz von Polizeikräften aufgrund eines Fußballspiels. Anlass war die Bundesligapartie zwischen dem SV Werder Bremen und dem Hamburger SV am 19. April 2015 im Bremer Weserstadion.



den Befürwortern der Polizeigebühr zählte. Die GdP wurde hingegen zu den Unterstützern des DFL-Anliegens gerechnet, da sie sich gegen eine Erhebung der Polizeikosten aussprach.

Bei dem Hochrisikospiele im Jahr 2015 ging es um nicht weniger als 450 000 Euro! Für Einsatzkräfte aus anderen Bundesländern wurden keine Personalkosten angesetzt, da diese nach dem Verwaltungsabkommen üblicherweise nicht in Rechnung gestellt werden können. Man braucht also keinen Doktor der Mathematik, um auszurechnen, welche Summen bei circa 60 Hochrisikospiele pro

Bemerkenswert war, dass sowohl BVerfG-Präsident Prof. Dr. Harbarth, LL. M., als auch der Berichterstatter der Richter des Ersten Senats, Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff, den Vertreter der DPoIG zu

Saison in die Staatskasse fließen könnten – Geld aus den Milliarden-gewinnen der DFL, mit denen man zahlreiche Verbesserungen für die Polizei und ihre Beschäftigten umsetzen könnte.

DPM Handball

DPoIG unterstützt Länderteam

Vom 15. bis 19. April 2024 fand in Heiningen die 22. Deutsche Polizeimeisterschaft im Handball der Männer statt. Die Deutsche Polizeigewerkschaft unterstützte dabei „ihre“ Mannschaft nicht nur mit anfeuerungswilligen Mandatsträgern vor Ort bei den Spielbegegnungen, sondern sponserte auch die entsprechenden Trainingstrikot für die gesamte Mannschaft.



Team Baden-Württemberg

Mit zwei Punkten Vorsprung konnten letztlich die Kollegen aus Schleswig-Holstein das Finale gegen die Baden-Württemberger für sich entscheiden. Deren Trainer Hagen Gunzenhauser adelte die Sieger in seinem letzten Statement des Turniers: „Herzlichen Glückwunsch an Schleswig-Holstein. Die Männer haben verdient gewonnen und in einem unheimlich schnellen und intensiven Spiel eine starke Physis bewiesen.“

Auch wir gratulieren, besonders aber auch der Mannschaft der Polizei Baden-Württemberg zum großen Erfolg des Vizemeisters. Jeder vor Ort konnte eine hoch motivierte und gut vorbereitete Mannschaft erleben, bei der jeder im Team mit großem Einsatz kämpfte. Wie die einzelnen Akteure ihr Spiel in eine Teamleistung umsetzten, erinnert an die Leistungen der Polizeibeschäftigten im täglichen Dienst.



Daran arbeiten wir

Nicht alle Themen, denen wir uns aktuell zuwenden, erhalten in der Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit, die sie eigentlich benötigen. Deshalb greifen wir in dieser Rubrik einzelne Themen heraus, an denen wir (auch) aktuell arbeiten.

Kai-Nils Reinhard, Kreisvorsitzender Reutlingen



Hände weg vom Pensionsfonds

Das Land Baden-Württemberg hat zur Sicherung der Finanzierung der Versorgungsaufwendungen von Beamtinnen und Richterinnen beziehungsweise Beamten und Richter zwei Sondervermögen errichtet:

1. Die Versorgungsrücklage

Sie wurde 1999 eingeführt und bis 2017 über Zuführungen aus Besoldungs- und Versorgungserhöhungen (0,2 Prozent) gefüllt. Die Beamten verzichteten dabei auf einen Teil ihrer Gehaltserhöhungen.

2. Der Versorgungsfonds

Ihn gibt es seit 2008. Er wird über Zuführungen für neu eingestellte Bedienstete gefüllt. Bis 2019 waren das monatlich 500 Euro pro Person, seit 2020 sind es 750 Euro. 2018 flossen zusätzlich 120 Millionen Euro in ihn ein. Für Neustellen wurde die Summe um 500 Euro auf 1000 Euro pro Monat erhöht.

Bis Ende 2023 wurden durch den Verzicht auf Gehaltserhöhungen insgesamt 4,5 Milliarden Euro angespart. Im Versorgungsfonds befanden sich Ende 2023 circa sieben Milliarden Euro. Nach Berechnungen der DPoIG kommen noch jährliche Zuwächse aus Zuführungen und Zinsen von über 800 000 Euro dazu, sodass bis Ende 2023 – auch mit Geldern der Beamten – circa elf Milliarden Euro angespart wurden.

Wir stehen zu den beiden Sondervermögen und lehnen jegliche Entnahmen für andere Zwecke ab. Überlegungen zur Reduzierung der Einzahlungen tragen wir nur mit, wenn die Polizeibeschäftigten von den Einsparungen profitieren.

Danijela Brecic, stellvertretende Landesfrauenbeauftragte



Eigenmittelgrenze

Gemäß § 41 Abs. 1 Nr.5 LBesG BW erhalten nicht verheiratete Beamtinnen/Beamte den ehebezogenen Teil des Familienzuschlags, wenn ihr eigenes Kind im Haushalt lebt. Allerdings erhält man diesen „Verheiratetenzuschlag“ nur, wenn öffentliche Förderungs- oder Unterstützungsleistungen* die sogenannte „Eigenmittelgrenze“ von 952,80 Euro nicht überschreiten. Dies ist im Vergleich zu verheirateten Paaren mit Kind, bei denen es diese Einkommens- und Zuschussgrenze nicht gibt, ungerecht.

Seit Dezember 2022 sind sowohl das Kindergeld, der Familienzuschlag für Kinder als auch die Düsseldorfer Tabelle, welche die Unterhaltszahlungen regelt, erhöht worden, um Familien mit Kindern in der Lebensführung zu entlasten. Die Eigenmittelgrenze für Alleinerziehende wurde aber nicht angehoben. Deshalb kann es dazu kommen, dass dieser ehebezogene Familienzuschlag in der aktuellen Höhe von 158,80 Euro entfällt.

Ungeachtet der Frage, ob in diesen Fällen überhaupt eine Eigenmittelgrenze gerechtfertigt ist, muss diese mindestens an die aktuellen Einkommensentwicklungen und die Inflation angepasst werden. Sonst werden die betroffenen Familien benachteiligt, zumal es hier nicht einmal eine Abstufung gibt. Wer diese Eigenmittelgrenze auch nur um fünf Euro überschreitet, erhält also keine Leistungen mehr und muss gegebenenfalls sogar erfolgte Zahlungen zurückerstatten.

* Öffentliche Förderungs- oder Unterstützungsleistungen sind: Kindergeld, der kinderbezogene Anteil im Familienzuschlag, Barunterhaltsleistungen und gewährte Sachleistungen des anderen Elternteils, eigenes Nettoeinkommen des Kindes aus einem Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis, eine selbstständige Tätigkeit, Kapitaleinkünfte und Renten, kurzzeitige Beschäftigungsverhältnisse wie zum Beispiel Ferienjobs, Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit (zum Beispiel Arbeitslosengeld), Leistungen nach dem BAföG und sonstige öffentliche Förderungs- oder Unterstützungsleistungen.

Sonderlaufbahn WiKri und Cyber

Durch die Wirtschaftskriminalität entsteht in Baden-Württemberg jährlich ein immenser volkswirtschaftlicher Schaden. Zu ihrer Bekämpfung haben wir mit Einführung der Sonderlaufbahn Wirtschaftskriminalist/ in im Jahr 1999 die Voraussetzungen für die Verbindung von betriebswirtschaftlichem und vollzugspolizeilichem Fachwissen geschaffen.

Die Cyberkriminalität ist eines der sich am dynamischsten verändernden Phänomene. Täter passen sich flexibel an technische und gesellschaftliche Entwicklungen an, agieren global und greifen dort an, wo es sich aus ihrer Sicht finanziell lohnt.

Cybercrime ist heutzutage ein professionelles Geschäft, weshalb es bei Vorfällen eines entschlossenen und schnellen Handelns bedarf. 2014 wurde deswegen die Sonderlaufbahn Cybercrime ins Leben gerufen.

Wenngleich beide Laufbahnen ursprünglich für den gehobenen Kriminalitätsdienst vorgesehen waren, wurde dem Umstand der notwendigen Kriminalitätsbekämpfung durch Spezialisten zumindest teilweise Rechnung getragen: im Bereich Cybercrime gibt es seit 2018 die Mög-

Markus Kaumeyer, Vorsitzender
Präsidialverband LKA



lichkeit, in den höheren cyberkriminalistischen Dienst aufzusteigen. Für den Bereich der Wirtschaftskriminalität ist das leider nicht vorgesehen und auch die besten und erfahrensten Mitarbeiter dort haben keine Möglichkeit, in den höheren Dienst zu gelangen. Diese Ungleichbehandlung der verschiedenen Sonderlaufbahnen in der Polizei lehnen wir entschieden ab.

Die aktuellen Erfahrungen zeigen ebenso, dass in beiden Laufbahnen mehr Personal erforderlich ist – auch das ist eine zentrale Forderung der DPoIG! So könnten beispielsweise nicht besetzte Ausbildungsstellen für den Polizeivollzugsdienst in BW herangezogen werden. Es ist leider traurige Realität, dass man für den Cybercrime-Studiengang an der Hochschule für Polizei kaum noch Bewerber findet. Mit nur zehn oder 15 Studierenden lässt sich der Studiengang kaum fortentwickeln. Dabei könnten die Angehörigen der Sonderlaufbahnen aufgrund der vor der Einstellung erworbenen Spezial- und Fachkenntnissen sowie der polizeiinternen Ausbildung von circa zwölf Monaten sehr schnell zur Verfügung stehen.

Tobias Dürr, Vorsitzender
Böblingen/Leonberg



Ausstattung mit LebEL-Schutzausrüstung

Auf die Zunahme von Amoktaten, unter anderem nach dem Amoklauf in Winnenden, hat die Landesregierung mit Innenminister Heribert Rech im Jahr 2011 reagiert. Sie hat die ballistische Zusatzausstattung für gefahrgeneigte Einsatzlagen eingeführt. Diese aus einem Schutzhelm sowie Hals-, Schulter- und Unterleibsschutz bestehende Ausstattung wird mittlerweile in einem Großteil der Streifenfahrzeuge mitgeführt.

Die Zunahme terroristischer Gefahren führte dann vier Jahre später zur Umsetzung von drei sogenannten „Anti-Terror-Pakete“:

Anti-Terror-Paket I

Im Januar 2015 von der Landesregierung Baden-Württemberg als „Sonderprogramm zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus“ eingeführt, brachte es 105 Neustellen und zehn Millionen Euro für Sachmittel.

Anti-Terror-Paket II

Im November 2015 ergänzte es das erste Paket durch elf Neustellen für die Durchführung des Lichtbildvergleichs und der Gesichtserkennung, für Internet- und Mobilfunkaufklärung, Multimediaforensik und Entschärfer. Weitere acht Stellen wurden im Nichtvollzug der Polizei für die Zentrale Sicherheitsüberprüfung beim Landeskriminalamt geschaffen. Darüber hinaus gab es zusätzliche 17,25 Millionen Euro für Sachmittel. Ein Großteil davon wurde für die Verbesserung der Ausstattung von Erstkräften der Schutz- und Kriminalpolizei, etwa für die Einführung von flächendeckend 3 000 hartballistischen Trägersystemen und neuen Maschinenpistolen, genutzt.

Anti-Terror-Paket III

Im Juli 2016 erfolgte mit einem Umfang von 4,6 Millionen Euro eine weitere Schwerpunktsetzung in der Terrorismusbekämpfung. 121 neue Arbeitsplätze beziehungsweise neue Aufgabenbereiche in der Polizei wurden geschaffen und, damit einhergehend, Sachmittel in Höhe von 2,5 Millionen Euro bereitgestellt.

Jetzt bei der Fußball-EM und gestiegener latenter Terrorgefahr wird deutlich, dass die einstige Ausstattung der Polizei mit hartballistischen Trägersystemen heutzutage längst nicht mehr ausreicht und unzureichend ist. Neben dem Streifendienst müssen alle operativen Erstkräfte ausgestattet werden. Insbesondere bei den Spezialkräften der Bereitschaftspolizeidirektionen erfordert die Ausstattung einen Prozess der ständigen Anpassung und geht dabei sogar weit über den Standard für den Streifendienst hinaus.

Dirk Bäuerle, Landesbeauftragter
für Inklusion und Teilhabe



Dienstunfall bei traumatisierenden Ereignissen (PTBS)

Arbeits- beziehungsweise dienstunfallrechtliche Meldefristen haben sich bei dienstlich bedingten psychischen Traumafolgestörungen vielfach als medizinisch ungerechtfertigte, rein formalrechtliche Zugangsvoraussetzungen für Unfallfürsorgeleistungen erwiesen.

Auch das in der Polizei Baden-Württemberg vor mehr als 20 Jahren zur Fristwahrung eingeführte Instrument der Gefährdungsanzeige (Anlage) ist für den Spezialfall PTBS nur ausnahmsweise tauglich, weil gegebenenfalls grenzüberschreitende psychische Belastungen in Ausübung des Dienstes, anders als körperliche Gefährdungen, infolge der ausbleibenden Selbstreflexion vielfach nicht prophylaktisch zur Anzeige gebracht werden.

Der 2. Senat des Bundessozialgerichts (BSG) fand 2023 in der sogenannten Rettungssanitäter-Entscheidung eine elegante Lösung durch Anknüpfung an § 9 Abs. 2 SGB VII („Wie-Berufskrankheit“). Leider ist dieses Instrumentarium im Dienstunfallrecht unbekannt und die Finanzministerkonferenz vom 30. November 2023 hat seine Berücksichtigung fachlich für nicht erforderlich gehalten.

Es bleibt unser Ziel, dass PTBS und alle psychischen Traumafolgestörungen vom „Ärztlichen Sachverständigenbeirat für Berufserkrankungen“ beim zuständigen Bundesministerium für Arbeit und Soziales als Berufserkrankung aufgenommen wird. Dadurch würde die Fristenproblematik hinfällig.

Unabhängig davon setzen wir uns dafür ein, dass § 45 Abs. 3 LBeamtVG um einen Satz 4 ergänzt wird, in dem eine Krankheit wie eine Berufserkrankung als Dienstunfall anzuerkennen ist, sofern zum Zeitpunkt der Entscheidung nach neuen Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft die Voraussetzungen für eine Bezeichnung Berufserkrankung überwiegend erfüllt sind.

Jahreshauptversammlungen

Kurz vor den Pfingstferien und vor dem EM-Einsatz haben weitere Kreisverbände ihre Mitgliederversammlungen durchgeführt. An allen Tagungen nahm der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer teil und berichtete über aktuelle berufspolitische Entwicklungen. Dabei standen die aktuellen Forderungen für den Haushalt 2025 und 2026 auf der Agenda. Ebenso stießen die Planungen für die Fußball-EM und die damit verbundenen Herausforderungen für die Polizei auf großes Interesse. Unüberhörbar war dabei die Kritik wegen massiver Informationsdefizite, fehlender Personal- und Einsatzkonzepte, der Ausstattungsdefizite und einer gefühlten Planlosigkeit bei hoher Terrorgefahr. Begleitet wurde Ralf Kusterer von Dirk Preis vom Geschäftsführenden Landesvorstand, der gerne die Regularien übernahm und auch für die Durchführung ordnungsgemäßer

Wahlen sorgte. Immer unter justizieller Beobachtung der Landesgeschäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert, die gerne – auch am Rande der Veranstaltungen – für so manchen Rat, aber auch Impuls zur Verfügung stand.

Die Haushaltslagen und Kassen waren in allen Verbänden wohlgeordnet und die Kassenprüfer bescheinigten stets eine korrekte Kassenführung. Die Entlastungen erfolgten einstimmig, ebenso die Neu- und Wiederwahlen. Bei allen Veranstaltungen war bestens für das leibliche Wohl gesorgt und die Mitglieder fühlten sich im Kreise der DPoIG merklich wohl. Bei fast allen Veranstaltungen konnten dabei verdiente Mitglieder für ihre langjährige Treue geehrt werden.

Kreisverband Böblingen/Leonberg

Im Polizeirevier Leonberg fand am 8. Mai die Jahreshauptversammlung des vor Jahren fusionierten Kreisverbandes Böblingen/Leonberg statt. Da die letzte Mitgliederversammlung am 20. Juli des Vorjahres in Böblingen stattgefunden hatte, trafen sich, nach nicht einmal ganz einem Jahr, die Mitglieder erneut. Da der langjährige Vorsitzende Thilo Marien aus dem aktiven Polizeidienst ausscheidet, war die Verbandsspitze neu zu wählen. Ralf Kusterer dankte Thilo Marien für seine großen Verdienste innerhalb des Kreisverbandes und seine starke Integrationsarbeit bei der Polizeireform 2014.



ganz – schließlich hat die Seniorenvertretung mit Thilo einen kompetenten Mitstreiter gefunden.

Der aktuelle Kreisvorstand

Kreisvorsitzender	Tobias Dürr
Stellvertretender KV-Vorsitzender	Alper Keskin
Geschäftsführer	Christoph Korherr
Schatzmeister	Uwe Ilsemann
Kassenprüfer	Markus Reinäcker
Kassenprüfer	Georg Wahr
Frauenvertreterin	Julia Stierle
Tarifbeauftragte	Constanze Alber
Seniorenbeauftragter	Thilo Marien
JUNGE POLIZEI	Rahel Haase

„Thilo war immer eine sichere Bank, ansprechbar bei allen fachlichen Themen, gut vernetzt und wenn irgendwie machbar auch immer kurzfristig einsetzbar, wie etwa für die Vertretung der DPoIG Baden-Württemberg im Bundeshauptvorstand Mitte April“, so der Landesvorsitzende in seiner Dankesrede. Sarah Leinert blickte auf zahlreiche Unterstützung zurück, bei der es oft darum ging, die Politik mit in den polizeilichen Alltag zu nehmen. Dirk Preis überbrachte dem „scheidenden Aktivposten“ die Grüße des Geschäftsführenden Landesvorstandes. Scheidender Aktivposten? Wohl nicht

Kreisverband HfPol IF-Böblingen

Am 16. Mai fand in den Räumen des Instituts für Fortbildung bei reger Teilnahme der Mitglieder die Jahreshauptversammlung statt. Für das Essen verlagerte sich die Versammlung nach dem offiziellen Teil in den „Eulentreff“.



In diesem Jahr standen keine Neu- oder Nachwahlen auf der Tagesordnung, weshalb der Vorstand in gleichbleibender Besetzung seine Tätigkeiten fortsetzen kann:

Vorsitzender	Mark Wendig
Stellv. Vorsitzender	Ralf Kusterer
Geschäftsführer	Tobias Feucht
Schatzmeisterin	Carola Heinrich
Kassenprüferin	Yvonne Müller
Kassenprüfer	Andreas Neubert
Frauenvertreterin	Marion Lyßus
Tarifbeauftragter	Torsten Köpschall
Seniorenbeauftragte	Bettina Schäfer

Mark Wendig widmete sich bei seinem Geschäftsbericht dem Blick zurück und auf ein sogenanntes „gutes Geschäftsjahr“. Die Mitglieder zeigten sich zufrieden und belegten dies mit kräftigem Beifall. Dabei konnte er auf zahlreiche Ausführungen und Informationen der Personalversammlung vor wenigen Tagen verwei-

sen, die er als Vorsitzender des örtlichen Personalrats durchführte. Das Team in Böblingen harmonisiert und arbeitet gut zusammen, wobei ein ausgesprochenes Lob auch dem Kreisgeschäftsführer Tobias Feucht gilt, der Informationen des Landesverbandes schnell umsetzt.

Kreisverband Reutlingen

Es kommt selten vor, dass gleich ein ganzer Kreisvorstand neu besetzt wird. Aber in diesem Fall hatte der Bezirksvorsitzende Michael Rilling am 14. Mai 2024 in Reutlingen die Sache gut im Griff und vorbereitet. Sehr schnell zeigte sich nach den Formalien, dass motivierte Mandatsträger bereit sind, das Ruder zu übernehmen. Begleitet wurde die Veranstaltung durch den stellvertretenden Landesvorsitzenden Oliver Auras, der mit zahlreichen Zusatzinformationen zum Präsidium aufwartete. Eine tolle Geste der Verbundenheit war die Teilnahme von Mandatsträgern der benachbarten Kreisverbände.



© DPoLG

Es wurden gewählt

Kreisvorsitzender	Kai-Nils Reinhard
Stellvertretender KV-Vorsitzender	Thomas Hafer
Geschäftsführerin	Joachim Deissler
Schatzmeisterin	Leonie Wache
Tarifbeauftragte	Monika Haug
Frauenvertreterin	Ramona Stegerer
JUNGE POLIZEI	Ramona Stegerer
Seniorenvertreter	Hans-Jürgen Maier
Beisitzer	Marc Reichmann
Beisitzer	Joel Hess
Kassenprüfer	Rene Elßner
Kassenprüferin	Nicole Dengler

Bei schönstem Wetter fand der Ausklang im Biergarten der Gaststätte Karz statt, bei der sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer noch lange austauschten.

Kreisverband Emmendingen

Das Stammhaus Riegel hatte sich der Kreisverband Emmendingen in diesem Jahr als Tagungsort für die Mitgliederversammlung am 15. Mai ausgesucht. Trotz drohendem Unwetter mit Hagel folgten zahlreiche Mitglieder der Einladung des Kreisverbandes. Aus dem fernen Waldshut-Tiengen waren der Bezirksvorsitzende Andreas Tanner, aus der näheren Umgebung die Landesfrauenbeauftragte Marion Rothmund und der Landessenorenbeauftragte Berndt Wittmeier angereist.



© DPoLG

Teilen weiter zur Verfügung steht und die bisherigen Aktivitäten fortführt. Nach einem interessanten Geschäftsbericht, der auf zahlreiche unterschiedliche Betreuungs- und Veranstaltungsformate zurückblicken konnte, bedankte sich der Vorstand bei Freddy für dessen langjähriges Engagement.

Nach langer Amtszeit stand der bisherige Kreisvorsitzende Freddy Klein aufgrund seines nahen Ruhestandes nicht mehr zur Wahl. Er konnte aber verkünden, dass die bisherige Mannschaft in großen

Es wurden gewählt

Kreisvorsitzender	Daniel Sillmann
Stellvertretende KV-Vorsitzende	Linda Wieske
Schatzmeister	Chris Wehrle
Kassenprüferin	Melanie Limberger
Kassenprüfer	Simon Haller
JUNGE POLIZEI	Viktoria Rock
Seniorenbeauftragter	Freddy Klein
Geschäftsführerin	Natascha Hildenbrand

Die Entlastung – was ist das eigentlich?

Immer wieder ist bei den Jahreshauptversammlungen von einer Entlastung die Rede. Aber was heißt das eigentlich?

Eine Mitgliederversammlung spricht eine Entlastung gegenüber ihrem Vorstand aus. Das gilt in der Regel für den gesamten Vorstand, kann durchaus aber auch für einzelne Personen sein. Die Versammlung verzichtet damit auf rückwirkende Schadensersatzansprüche gegenüber ihrem Vorstand und spricht ihn von der persönlichen Haftung frei, was gleichzeitig einen Vertrauensbeweis darstellt. Eine Entlastung kann dabei grundsätzlich nur für die bekannten Umstände der Amtszeit erfolgen. Daneben markiert sie bei Neuwahlen den Zeitpunkt, in dem eine Amtszeit endet. So beispielsweise auch für Mitglieder, die sich in ein anderes Amt wählen lassen – durch die Entlastung werden sie von ihren vorherigen Amtspflichten entbunden.



© DPoIG

Bezirkstagung Ludwigsburg

Mandatsträger der Bezirkstagung Ludwigsburg

Rothmund folgt auf Marien

Erst vor wenigen Wochen leiteten die Mitgliederversammlungen der Kreisverbände Böblingen/Leonberg und Ludwigsburg auch einen Wechsel in der Führung des Bezirksverbandes ein. Die Pensionierung des amtierenden Bezirksvorsitzenden Thilo Marien machte diesen Wechsel erforderlich.

Am 13. Mai 2024 trafen sich die Delegierten und Mandatsträger des Bezirksverbandes, mit gesonderter Tagung der Bezirksseniorinnenvertretung im Institut für Fortbildung in Böblingen. Bei optimalen Tagungsmöglichkeiten und bester kulinarischer Versorgung durch das Team im „Eulentreff“, fand in freundschaftlicher Atmosphäre die Bezirkstagung statt. Der benachbarte Kreisverband Calw (Bezirksverband Pforzheim) war durch dessen Vorsitzenden Uwe Grandel vertreten, vom Geschäftsführenden Landesvorstand war Dirk Preis aus dem Murgtal angereist.

Der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer hatte innerhalb seiner Dienststelle im wahrsten Sinne des Wortes ein Heimspiel. In seinem umfangreichen Geschäftsbericht gab er zunächst einen Jahresrückblick, wobei er sich nicht scheute, den Finger in die Wunden dienstlicher Unwägbarkeiten zu legen. Eine davon, so Kusterer, sehe er im fehlenden Rechtsverständnis von Vorgesetzten, die Verfahrensweisen und Umsetzungen einfordern, ohne auf Rechtsgrundlagen Rücksicht zu nehmen. In diesem Zusammenhang wies er noch kurz auf weitere aktuelle Defizite und Entwicklungen hin.

Man darf auf seine Ausarbeitungen hierzu gespannt sein, die er im Nachgang noch präsentieren wird.

Aus Stuttgart war die Landesgeschäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert zur Tagung gekommen. Sie berichtete mit dem Schwerpunkt „gewerkschaftlicher Rechtsschutz“ und zu den aktuellen Entwicklungen bei der Erfüllungsübernahme. Ralf Kusterer überreichte im Namen des Landesverbandes die DPoIG-Medaille an Thilo Marien und bedankte sich für dessen Engagement, das weit über die Leitung des Bezirksverbandes hinausging. Dabei würdigte er auch dessen fachliche Unterstützung, die insbesondere im Verkehrsbereich äußerst wichtig war. Thilo Marien hatte nach der Polizeireform 2014 den Bezirksverband nicht nur mitgegründet, sondern auch dessen Leitung übernommen. Dass Ruhestand nicht gleich Ruhezeit ist, machte der scheidende Bezirksvorsitzende gleich deutlich und ließ sich in der folgenden Bezirksseniorinnenkonferenz zum neuen Bezirksseniorinnenbeauftragten wählen. Sein Stellvertreter wurde Bernd Geiger.

Neuer Bezirksvorsitzender wurde der amtierende Kreisvorsitzende Ludwigsburg, Ulrich Rothmund, als sein Stellvertreter gewählt wurde Tobias Dürr, der gleichzeitig auch neuer Vorsitzender des Kreisverbandes Böblingen/Leonberg ist. In einer sehr regen Diskussion widmeten sich die Delegierten aktuellen Herausforderungen wie den Problemen bei der Fortbildung oder den Defiziten bei der polizeilichen Ausrüstung.

IMPRESSUM

Redaktion: Jörg Kluge
(V. i. S. d. P.)
Telefon +49.172.1397377
E-Mail: Joerg.Kluge@DPoIG-bw.de

Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5
70182 Stuttgart
Tel.: 0711.9979474-0
Fax: 0711.9979474-20
E-Mail: info@dpolg-bw.de
Internet: www.dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830

Landesfrauenausschuss stellt inhaltliche Weichen

Am 13. und 14. Mai 2024 fand die Sitzung des DPoIG-Landesfrauenausschusses statt, dem neben dem Geschäftsführenden Landesfrauenvorstand auch die Bezirksfrauenbeauftragten oder ihre Stellvertreterinnen angehören.

Nachdem zwischenzeitlich viele Neuwahlen in den Bezirken stattgefunden haben, ist das Team des Landesfrauenausschusses nun endlich wieder komplett. Aktuell beschäftigt sich das Gremium unter anderem mit Themen wie Inflationsausgleich (auch für Beschäftigte in der Elternzeit), Eigenmittelgrenze (und der daraus resultierenden Ungleichbehandlung von Alleinerziehenden), lebensphasenorientierte Arbeitszeit, digitales Arbeiten sowie Poolstellen (beispielsweise bei Elternzeit, für Langzeiterkrankte et cetera)

© DPoIG

